

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung**

51. Sitzung  
28. Mai 2026

Beginn: 14.09 Uhr  
Schluss: 17.00 Uhr  
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Ausschuss** beschließt, die Reihenfolge der Tagesordnung zu ändern und die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zu tauschen.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Dr. Klaus Lederer** (LINKE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Wofür hat sich der Senat bei dem Lehrer Inácio-Stech entschuldigt, wenn es doch seitens der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie im Parlament für den Senat immer hieß, es habe keinerlei Fehler in der Schulverwaltung im Umgang mit den Ereignissen an der Carl-Bolle-Grundschule gegeben?“

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) weist darauf hin, sie habe im vergangenen Jahr ein vertrauliches Gespräch mit Oziel Inácio-Stech geführt. Nach ihrer Kenntnis habe sich die Bildungssenatorin für das erlittene Unrecht schriftlich entschuldigt und klargestellt, dass dem Lehrer kein dienstliches Fehlverhalten und keine Pflichtverletzung vorzuwerfen seien. SenASGIVA habe gemeinsam mit der Ansprechperson Queeres Berlin den Prozess begleitet

und zur Rehabilitierung beigetragen. Detailliertere Fragen zu den Vorgängen an der Carl-Bolle-Grundschule seien an SenBJF beziehungsweise den zuständigen Ausschuss zu richten.

**Dr. Klaus Lederer** (LINKE) erkundigt sich nach vergleichbaren Vorgängen am Campus Rütli und fragt, ob dort ebenfalls die Ansprechperson eingebunden sei und mit einer Entschuldigung der zuständigen Senatorin gerechnet werden könne.

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) hebt hervor, dass SenASGIVA für alle von Diskriminierung betroffenen Menschen ansprechbar sei.

**Staatssekretär Max Landero Alvarado** (SenASGIVA) erklärt, dass Gespräche am Campus Rütli stattfänden. Nach Rückmeldung der Ansprechperson sei die Tragweite des Falls erkannt worden; arbeitsrechtliche beziehungsweise personelle Konsequenzen sollten, soweit möglich, folgen.

**Tuba Bozkurt** (GRÜNE) fragt, wie der aktuelle Stand des am 15. März angekündigten Eckpunktepapiers zu antimuslimischen Rassismus sei. Wann solle das Eckpunktepapier vom Senat beschlossen werden? Wie sei der Stand der Umsetzungen der Handlungsempfehlungen der Expertinnen- und Expertenkommission?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) erklärt, dass die Ansprechperson für antimuslimischen Rassismus eng mit den zuständigen Gremien zusammenarbeite. SenASGIVA beabsichtige, das Eckpunktepapier noch in dieser Legislaturperiode als Besprechungsunterlage in den Senat einzubringen. Der Prozess werde von den beteiligten Akteurinnen und Akteuren begleitet.

**Tuba Bozkurt** (GRÜNE) fragt nach, ob bereits ein konkreter Zeitplan feststehe und in welcher Form die Expertinnen- und Expertenkommission in das Eckpunktepapier beziehungsweise in die Strategieentwicklung eingebunden sei.

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) betont, dass die Kommission 2024 neu konstituiert worden sei, um die bisherigen Handlungsempfehlungen zu überprüfen und an der künftigen Landesstrategie mitzuwirken. Sie selbst sowie der Staatssekretär würden an der nächsten Sitzung der Kommission teilnehmen. Das Lektorat sei inzwischen abgeschlossen, und die Besprechungsunterlage solle Ende Juni dem Senat vorgelegt werden.

**Staatssekretär Max Landero Alvarado** (SenASGIVA) ergänzt, die Vorlage solle der Senatorin am 9. Juni vorliegen und voraussichtlich Ende Juni in den Senat eingebracht werden.

**Orkan Özdemir** (SPD) möchte wissen, ob es ein Mitzeichnungsverfahren gebe.

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) verneint das.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 der Tagesordnung ab.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) berichtet, dass der erste Fünfjahresbericht der LAGD-Ombudsstelle vorgestellt worden sei. Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz – LADG – schütze seit mehr als fünf Jahren Berlinerinnen und Berliner vor Diskriminierung durch Behörden und öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Der Bericht enthalte unter anderem Zahlen und Fakten zum Beratungsaufkommen, benenne strukturelle Diskriminierung und spreche Empfehlungen aus. Am 11. Mai habe hierzu eine Pressekonferenz stattgefunden. Der Bericht zeige, dass das LADG und die Ombudsstelle zu Veränderungen und Verbesserungen im Verwaltungshandeln beigetragen hätten. Sie danke allen Beteiligten sowie insbesondere den Menschen, die sich an die Ombudsstelle gewandt hätten. Die Ombudsstelle werde im Sommer neue Räumlichkeiten in Moabit beziehen.

Zudem habe der Landesbeirat für Partizipation am 11. Mai letztmalig in dieser Legislaturperiode getagt. Sie danke den Mitgliedern und ihrer Verwaltung für den Einsatz. Die gewonnenen Erfahrungen und Ergebnisse sollten ausgewertet und dem künftigen Landesbeirat zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem habe zum dritten Mal der Magnus Hirschfeld Tag mit zahlreichen Veranstaltungen stattgefunden. Angesichts zunehmender Queerfeindlichkeit sei es wichtig, Magnus Hirschfeld zu würdigen sowie Haltung und Solidarität zu zeigen.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

## Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Strukturfonds für die Berliner  
Migrationsgesellschaft: Aktueller Stand und  
politischer Handlungsbedarf**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0268](#)  
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen  
Asylsystems (GEAS) im Land Berlin, insbesondere  
Nutzung von Spielräumen im Sinne von  
Geflüchteten**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke)

[0184](#)  
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Kurdisches Leben in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Kurdische Diaspora in Berlin – Aktive Gestaltung  
und Communityarbeit**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0234](#)  
IntGleich

[0242](#)  
IntGleich

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 22.01.2026

- c) Antrag der Fraktion Die Linke  
Drucksache 19/3032  
**Humanitäre Lage in Rojava – Anerkennung und  
Hilfe für kurdische Menschen im Nord- und  
Ostsyrien und Ausschluss der Zusammenarbeit mit  
islamistischen Akteuren**

[0258](#)  
IntGleich  
BuEuMe\*  
InnSichO(f)

**Vorsitzende Ülker Radziwill** weist darauf hin, dass dem Ausschuss das Wortprotokoll der Anhörung aus der 45. Sitzung vom 22. Januar 2026 vorliege und der Besprechungsbedarf zu den Punkten 5 a und 5 b in dieser Sitzung bereits begründet worden sei.

Zu Punkt 5 c liege zudem die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien vor. Dieser empfehle mit den Stimmen der CDU-, der SPD- und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den Antrag abzulehnen.

**Katina Schubert** (LINKE) äußert ihr Unverständnis über die Ablehnung des Antrags trotz der konstruktiven Anhörung. Die menschenrechtliche und humanitäre Lage der Kurdinnen

und Kurden im Nordosten Syriens sei weiterhin schwierig. Insbesondere die Gruppen, die den IS bekämpft und dabei große Opfer gebracht hätten, müssten geschützt werden. Die Bundesregierung, die EU und weitere Staaten sollten die autonome Selbstverwaltung Rojavas anerkennen. Zudem solle Berlin eine Städtepartnerschaft mit Kobanê eingehen und Demonstrierende gegen die Lage in Syrien – insbesondere Kurdinnen und Kurden, Jesidinnen und Jesiden, Alawitinnen und Alawiten sowie Drusinnen und Drusen – wirksam schützen. Darüber hinaus solle sich Berlin für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Syrien einsetzen.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Besprechungen zu den Punkten 5 a und 5 b der Tagesordnung abzuschließen. Zu Punkt 5 c werde dem federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung empfohlen, den Antrag Drucksache 19/3032 abzulehnen.

#### Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Digitales Willkommenszentrum – Angebot,  
Zielsetzung und Umsetzung**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0267](#)  
IntGleich

**Katharina Senge** (CDU) konstatiert, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte Digitale Willkommenszentrum vor einiger Zeit offiziell gestartet sei. Zahlreiche Migrantenorganisationen hätten den Aufbau der Plattform ausdrücklich begrüßt. Wie sei der aktuelle Stand? Gebe es weitere Planungen?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) erklärt, dass der Start der Webseite – willkommenszentrum.berlin.de – am 29. April sehr erfolgreich verlaufen sei. Nutzerinnen und Nutzer seien in die Entwicklung eingebunden worden. Ziel der Plattform sei es, Berlin als Willkommensstadt zu etablieren und die Ankommens- und Unterstützungsstrukturen zu stärken – auch mit Blick auf die Berliner Fachkräftestrategie. Einwanderung sei notwendig, um die bis 2035 prognostizierten 560 000 offenen Stellen besetzen zu können. Der Aufbau der Plattform orientiere sich dabei nicht an den Verwaltungsstrukturen, sondern an den konkreten Bedarfen der Nutzerinnen und Nutzern.

**Marie-Sophie Deuter** (SenASGIVA) erläutert anhand der Perspektive eines fiktiven Nutzers, wie die Webseite aufgebaut sei. Gemeinsam mit der Senatskanzlei sei ein Assistenz-Feature konzipiert worden, das durch Rückfragen passende Informationen und Angebote filtere. Die Fragen seien gemeinsam mit Nutzerinnen und Nutzern sowie Beratungsstellen entwickelt worden. Je nach Antworten würden beispielsweise geeignete Deutschkurse, Informationen zu Ausbildungsvoraussetzungen, erforderliche Unterlagen, Beratungsstellen sowie Erklär- und Erfahrungsvideos angezeigt. Die Plattform sei eine Ergänzung zur analogen Beratung. Derzeit umfasse sie 34 Ergebnisseiten zu neun Themenbereichen sowie 100 Glossarbegriffe, die in fünf Sprachen verfügbar seien.

**Orkan Özdemir** (SPD) begrüßt, dass die Webseite eingerichtet worden sei. Seien weitere Entwicklungsziele etwa der Einsatz von KI-Agenten geplant? Wo werde noch Optimierungspotenzial gesehen?

**Katina Schubert** (LINKE) betont, dass die Plattform eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Willkommenszentrum darstelle. Seien weitere Sprachen geplant? Wie werde die Webseite gezielt in den Communities beworben?

**Katharina Senge** (CDU) schließt sich dem Dank für den Aufbau der Webseite an. Wie werde das Digitale Willkommenszentrum auffindbar gemacht? Sei beispielsweise Vernetzungen mit anderen digitalen Angeboten vorgesehen?

**Tuba Bozkurt** (GRÜNE) interessiert sich dafür, ob Informationsmaterialien zur Verfügung stünden. Sei die Webseite auf Smartphones und Tablets gleichermaßen nutzbar? Sei perspektivisch eine App geplant, um das Angebot auch offline nutzbar zu machen?

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA) berichtet, dass die Webseite bereits knapp 20 000 Aufrufe sowie rund 4 500 Nutzerinnen und Nutzer verzeichne, die über Suchmaschinen oder KI-Chatdienste auf das Angebot aufmerksam geworden seien. Zudem werde die Seite auch zufällig gefunden, was als positives Signal gewertet werde. Das Projekt werde kontinuierlich weiterentwickelt; unter anderem sei die schrittweise Ergänzung weiterer Sprachen vorgesehen. Die Webseite folge einem Mobile-First-Ansatz und sei damit – anders als berlin.de – gezielt für die Nutzung auf mobilen Endgeräten optimiert. Darüber hinaus sei das Digitale Willkommenszentrum auch in den sozialen Medien präsent.

Des Weiteren verweise sie auf das Projekt „Neu in Berlin – NiB“ von Minor – Digital, das insbesondere über Facebook gezielt Communities anspreche und informiere.

**Marie-Sophie Deuter** (SenASGIVA) ergänzt, dass gemeinsam mit weiteren Senatsverwaltungen und Beratungsstellen zusätzliche Themenfelder entwickelt würden.

**Staatssekretär Max Landero Alvarado** (SenASGIVA) erläutert, dass bei der Konzeption der Webseite bewusst ein Modellcharakter gewählt worden sei. Die Plattform solle sich durch ihre Nutzung schrittweise weiterentwickeln und richte sich nicht ausschließlich an neu zugewanderte Menschen. Er danke Marie-Sophie Deuter und ihrem Team für ihre Arbeit.

**Tuba Bozkurt** (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Ausrichtung von Verwaltungsangeboten an Lebenslagen kein neues Konzept sei, sondern bereits seit Inkrafttreten des Onlinezugangsgesetzes verfolgt werde. Würden über die Webseite bislang lediglich Informationen bereitgestellt oder auch digitale Verwaltungsleistungen angeboten?

**Staatssekretär Max Landero Alvarado** (SenASGIVA) erklärt, dass entsprechende Fragen derzeit diskutiert würden. Zunächst müssten jedoch Finanzierungs- und Koordinierungsfragen mit der Senatskanzlei geklärt werden. – Es sei geplant, Werbematerialien wie Plakate zu erstellen, um die Plattform stärker bekannt zu machen.

**Orkan Özdemir** (SPD) äußert die Erwartung, dass die fortschreitende Digitalisierung es innerhalb der kommenden zwei Jahre ermöglichen werde, Funktionen wie etwa eine Terminbuchung ohne größeren Kostenaufwand auf der Plattform zu integrieren. Wichtig sei, die Informationen maschinenlesbar bereitzustellen, damit auch internationale Plattformen darauf zugreifen könnten. Diese Entwicklung solle konsequent weitergeführt werden.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Die Situation der afghanischen Community in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0232](#)  
IntGleich

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 13.11.2025

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Prekäre Lebensrealitäten vietnamesischer  
Auszubildender**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0254](#)  
IntGleich

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 19.03.2026

Vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.